

Biesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Biesa.

Heftausz. Nr. 20.

Das Biesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Am. Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Biesa, des Finanzamts Biesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530

Girokonto Biesa Nr. 52.

Nr. 132.

Sonnabend, 7. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Biesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorause zu bezahlen; eine Gewissheit für das Ertheilen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Metallmagnet 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tödlicher Soz. 50% Aufschlag. Beste Tarife. Erhältlicher Blatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Kästnergeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Biesa. 2-tägige Unterhaltungsbeläge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notarionskosten und Verlag: Bonger & Winterlich, Biesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Biesa; für Anzeigenstellen: Wilhelm Wittich, Biesa.

Bertrauensvotum für die Regierung angenommen.

Der Misstrauensantrag der Deutschnationalen abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 6. Juni 1924.

Um Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann.

Abg. Berlin. In der gestrigen Reichstagssitzung wurde die Billigungsformel der Regierungsparteien für die Regierungserklärung mit 247 gegen 183 Stimmen angenommen.

Das Wiederberufsvotum der Deutschnationalen wird mit 239 gegen 194 Stimmen abgelehnt; die Bayerische Volkspartei stimmt mit den Nationalsozialisten. Der Antrag v. Kardorff über den Antrag der Nationalsozialisten, den ein Bertrauensvotum gemäß Artikel 54 der Verfassung verlangt, zur Tagesordnung überzugehen, wird in einfacher Abstimmung angenommen, dagegen stimmt die ganze Rechte und die Kommunisten.

Präsident Walther eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr. Vor Eintreten in die Tagesordnung beantragt Abg. Scholz (Komm.) einen Antrag noch auf die Tagesordnung zu lehnen, der Einspruch erhebt gegen das Verbot des sogenannten „Noten-Tages“ in Leipzig.

Abg. Stahl (D.P.) Widerspruch erhebt, kann der Antrag in dieser Sitzung nicht behandelt werden. (Lärm b. d. Komm.)

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung

der Besprechung der Regierungserklärung.

Verglichen damit ist die Billigungsformel der Mittelparteien, das Wiederberufsvotum der Kommunisten und der Antrag der Nationalsozialisten. Die Deutschnationalen haben ihren bisherigen Wiederberufsantrag zurückgezogen und einen neuen eingebracht, der nach dem Blüster des Antrags der Mittelparteien nur mit umgedrehter Bedeutung lautet: Unter Übergang zur Tagesordnung über alle übrigen Anträge verlangt der Reichstag der Regierung das Vertrauen, dessen sie nach Art. 45 der Reichsverfassung bedarf.

Das Wort erhält dann folglich

Außenminister Dr. Stresemann;

dessen Ausführungen wir bereits gestern im Auszug veröffentlicht haben.

Er stellt fest, dass die Ausführungen, die der Reichskanzler gestern über die Stellung der Regierung zur Kriegsschuldfrage gemacht habe, von lebhaften Unterbrechungen der Rechten begleitet gewesen waren. Der Redner führt dann fort: Von einer Untermüdigkeit gegenüber dem Auslande, wie Graf Westarp behauptet hat, kann wohl nicht die Rede sein, denn Poincaré hat mehrfach offizielle Vorstellungen beim deutschen Botschafter in Paris erhoben über die Reden des deutschen Reichskanzlers und Außenministers im Deutschen Reichstag. Das Wort von der Lüge der deutschen Kriegsschuld wurde zum ersten Mal von dem Reichskanzler gesprochen, der seinerzeit zum ersten Mal an der Spitze der Großen Koalition stand. Dr. Stresemann erklärt weiter, die Reichsregierung sei durchaus bereit, die amtliche Aufrullung der Kriegsschuldfrage in die Hand zu nehmen, sobald sämtliche Dokumente der Rechtfertigung übergeben sind. (Burk. rechts: Warum erst dann?) Es kommt nicht darauf an, ob wir überzeugt sind, sondern es kommt darauf an, die Welt zu überzeugen. Es handelt sich zunächst um die Zurückweisung der Behauptung, dass Deutschland der Urheber des Weltkrieges gewesen ist und zweitens um die Aufforderung an die fremden Mächte, ihre Archive zur Klärung dieser Frage zu öffnen. Ginen anderen und schnelleren Weg gibt es nicht. Der Minister weist den Vorwurf zurück, dass die Regierung in ihrer Erklärung die innenpolitischen Probleme gar nicht berührt habe und entgegnet darauf: Wir haben vor allem ein Interesse an der außenpolitischen Entscheidung.

Am 15. Juni laufen die Micumverträge ab. Die rheinisch-westfälischen Industriellen haben bereits erklärt, dass eine Verlängerung nur vorgenommen werden könne in der Erwartung, dass die deutsche Regierung das Gutachten annimmt. Wer soll auch die Verantwortung übernehmen für das Chaos und die Anarchie, die sonst im Rheinlande eintreten würden. In 10 Tagen stehen wir erneut vor der Frage, was werden soll. Eine Verlängerung kann natürlich nur für sehr kurze Zeit in Frage kommen.

Es kann ja doch in der inneren Politik kein Programm aufgestellt werden, wenn wir in den außenpolitischen Dingen keine Klarheit haben. Noch heute stützen wir uns auf die englische Erklärung hinsichtlich des Rückenbruches, die auch heute noch besteht. Glauben Sie, Herr v. Graefe, dass ich nach diesen Erklärungen der englischen Regierung nicht veracht hätte, sie zu benutzen, um eine andere Erledigung als bedinglose Aufgabe des Widerstandes herbeizuführen. Meine Bemühungen in dieser Hinsicht blieben aber ergebnislos. Vord. Garzon sagte ja im englischen Oberhaus, dass wir an der bedingungslosen Auflösung des passiven Widerstandes schuld wären, weil wir den Widerstand törichterweise zu lange hingezaugen hätten.

Die Außenpolitik wird nicht aus Liebe gemacht. Sie wird aus eigenem weltwirtschaftlichen Interesse gemacht. Es wäre ein totaler Fehler errosen, dieses Interesse der-

Sachverständigen nicht zu benennen. Wenn Sie, Herr v. Graefe, sich auf den einheitlichen nationalen Willen des deutschen Volkes über alle Parteien hinweg stützen wollen, der im gegebenen Moment Unverträgliches zurückweist, dann dürfen Sie nicht anderen Parteien die politische Ehre absprechen. (Sehr wahr! bei der D.P.)

Das ganze Sachverständigen Gutachten wird in seinem Geiste bestimmt werden, in dem es durchgeführt wird und von den Persönlichkeiten, die darüber mit zu entscheiden haben. Es fördert diesen Geist nicht, wenn Sie (nach rechts) glauben, dass andere Nationen nicht objektiv denken können. Wenn Sie (nach rechts) an der Eisenbahnenfrage abfällige Kritik äußern, so haben Sie das Gutachten anlässlich gern gelesen. Ich sehe die Befürchtung, die das Gutachten über die Eisenbahnen enthält durchaus objektiv an. Was heute aus dem Gebiet durch die Micum-Verträge herausgezogen wird, wird von Sachverständigen auf 1,2 bis 1,4 Milliarden Goldmark jährlich geschätzt. (Burk. rechts: Wir haben sie nicht gebilligt!) Stürmische Heiterkeit im übrigen Hause. Kein Mensch hat das genehmigt. Aber wollten Sie den letzten Rest unserer Widerstand auch noch der Vernichtung anheimgeben? Unsere Brüder dort haben sich in das Universitätsleben gefügt in der festen Erwartung, dass die Reichsregierung alles tut, um diese Volk so rasch wie möglich zu vernichten.

Wenn ich anerkenne, dass Deutschland nicht zahlen könne, dann bricht damit die moralische Grundlage für die Beziehung überhaupt zusammen. Ich rufe daher die Frage der Widerstandsbewegung der Beziehung als die wichtigste in den Vordergrund. Ich weiß, dass die Sachverständigen die deutschen Leistungen von 1923 an wesentlich überzögert haben. Ich bedaure, dass die anfängliche Sicht von 1750 Millionen nicht anstelle der heutigen stehen geblieben ist. Professor Hoersch hat von dem Gutachten geagt, dass es eine der großen Erhebungen in der Konstellation der Weltmächte bedeutet, die sich zu vollziehen beginnen. Die öffentliche Meinung sieht in dem Gutachten die wirtschaftliche Bibel der Gegenwart. Wer sich ihm entgegenstellt, muss doch rechnen, dass er die grösste Macht gegen sich ausbringt. Es läuft sich keineswegs verleugnen, dass das Sachverständigen-Gutachten mit einem System bricht, das unter Unglück, die Inflation und ihre Begleiterscheinungen hervorgerufen hat. Das war die rücksichtslose Ausbeutung des deutschen Substanzen. Die Sachverständigen verlangen solche Sachleistungen, die Übertragung von Gold und Devisen an das Ausland nur dann, wenn es ohne Gefährdung der deutschen Wirtschaft gelingen kann. (Große Unruhe rechts)

Die Kreditkrise ist nach zwei Richtungen außerordentlich bedeutsam. Einmal ist sie infolge der Unüberwindlichkeit der Verhältnisse ein Hindernis vor viele Verhandlungen mit ausländischen Kreditgebern; zweitens ist der Anelpunkt des Gutachtens das Zustandekommen der internationalen Anleihe von 800 Millionen Mark die der deutschen Währung aufzuholen. Das kann man nicht so darstellen, als wir uns damit in die Abhängigkeit vom internationalen Kapital begeben. Vieles wäre besser geworden, wenn wir während des Krieges mehr von diesem ausländischen Kapital abhängig gewesen wären. (Gutstimme in der Mitte — Unruhe rechts.)

Der Minister weist dann hin auf die Neugestaltung der Reichsbahnenfrage, wobei wir um das Liebergewicht in der Verwaltung zu ringen haben werden. Eine Gefahr besteht dann, wenn die vorgegebenen Summen aus der Reichsbahn nicht herausgewirtschaftet werden können. Die Regierung wird verhindern, eine erträgliche Kündigung dieser gefährlichen Bestimmung zu erreichen. Ein jeder muss sich fragen, wie die weltpolitische Situation ausschauen würde, wenn wir diese ganze Konstellation gegen uns hätten. Die Wiederherstellung der Verwaltungseinheit muss natürlich in die Herstellung der Souveränität eingestellt sein.

Es ist darauf hinzuweisen, dass ein bestimmter Endtermin der militärischen Besetzung in Aussicht gestellt wird. Der Einfluss Herrichts in Frankreich wird darauf günstig einwirken. Es kann kein Zweifel bestehen, dass das Gutachten teilbar ist. Das ist uns auch in allen Verhandlungen mit England erklärt worden. Angenommen haben wir den Bericht nur als Schema. Über Nichtannahme des unteilbaren Ganzen würde bedeuten, dass sich jede Nation aus diesem Kunden die ihr passenden Kosten herauszieht. Aus wirtschaftlichen Interessen werden die Nationen aber für uns eintreten, das dieses unteilbare Ganze auch von der Gegenseite innegehalten wird. (Burk. rechts: Ein gutes Plaidoyer für die Gegenseite!) Dr. Stresemann erwidert, es ist eine Insammlung, dem Außenminister vorzuwerfen, dass er fremde Interessen vertrete. Webbauster Verfall in der Mitte und bei den Soz. — Pr. Walther rügt den Vorwurf der Insammlung. Das Sachverständigen-Gutachten sei ein Vorwurf. In die Kabinettbildung habe sich das Ausland nicht eingemischt, das wäre zurückgewiesen worden.

Die im Volk herrschende Skepsis sei berechtigt. Das Volk habe ein Recht zum Misstrauen. Der Redner unterstreicht die auf eine Verständigung mit dem Auslande hinzielenden Worte des Reichskanzlers und warnt unter Hinweis auf die Vorläufe beim Wolke-Denkmal in Halle vor Überreaktionen. Wie sind waffenlos und sollten keine Macht vorliegen.

Abg. Scholz (D.P.) Man kann sich andererseits des Gefühls nicht erwerben, dass die Rede des Außenministers, wie wir schon oft an ihm bemerkt haben, von den ungeheuresten Illusionen und von dem unge-

heuerlichsten Optimismus getragen war, aber letzten Endes war sie nichts weiter als eine kleine Schelle, der der Erfolg verlost blieb. (Heiterkeit.) Die Kriegsschuldfrage ist eine Lebensfrage des deutschen Volkes und muss in unmittelbare Verbindung mit der Behandlung des Sachverständigen-Gutachtens nebstellt werden. Wie haben nicht die Verantwortung dafür, dass unser Politik uns so schnell wieder vor die Entscheidung gestellt hat: Erich Vogel oder Kirby. Dr. Stresemann hat Amerika als ehrlichen Wacker bezeichnet. Möge es dies für uns werden, denn es hat ja seit den 14 Punkten Wilsons immerhin etwas an uns gut zu machen. Dr. Stresemann überredet das wirtschaftliche Moment an sehr warme Worte — Dr. Gröpelin (Soz.) schlägt wiederholend mit der Faust auf den Tisch. — Burks bei den Rot.-Soz.: Was ist denn das für eine Rücksicht da drin? In Frankreich hat immer noch der Machiavelli über die wirtschaftliche Vernunft triumphiert. Auch nach Annahme des Gutachtens werden und die Franzosen von neuem betrügen. Wir haben vom Anfang an erklärt, dass wir das Sachverständigen-Gutachten nicht von vornherein ablehnen, aber wie müssen wir unterschreiben, was für uns untragbar ist. (Burk. in der Mitte: Wir auch nicht!) Der springende Punkt ist die Frage der Rücksicht. Die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens ohne einschlägige Kündigungen und ohne Gewährleistung der Wahrbefreiung wäre allerdings ein ungeheuerer Fortschritt, aber ein Fortschritt zum Verderben.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) behauptet, dass auf den Abgeordneten Scholze das Bibelwort nicht zutrifft: Seid klug wie die Schlangen und einfältig wie die Tauben. (Heiterkeit.) Es kommt nicht auf die wirkliche oder fiktive Zusammengehörigkeit Fraktionen an, sondern darauf, dass sich eine Mehrheit für die Regierung findet. Die große Majorität der Wähler habe das Programm der Rechten vorenthalten. Auf Grund des Parlamentarismus forderte die Macht die Macht und den entscheidenden Einfluss. Das Gutachten müsse so schnell wie möglich angenommen werden und nicht nur von Leuten, die aus praktischen Gründen ein Lippenbekennnis dazu aufbringen.

Eingegangen ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei, über den Antrag der Nationalsozialisten hinaus, das Vertrauensvotum zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Małkowksi (Komm.) kämpft dafür, dass dieses Parlament zum Teufel gejagt wird. Er erzieht die Diktatur des Proletariats.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) untersticht die Sachverständigen des großen Gutachtens einer näheren Betrachtung. Sie seien nur Anhänger der Morgan-Gruppe, die nicht rein idealistische Ziele verfolge. (Heiterkeit.)

Abg. Koch (Dem.) bedauert das Sintern des Niveaus im Reichstag. Seine Fraktion sei bereit dem Präsidenten, wenn er unparteiisch vorgehe, auch die höchsten Machtmittel in die Hand zu geben. Der Redner verteidigt dann die bisherige Außenpolitik der Regierung.

Präsident Walther gibt die Rechtfertigung, dass er befreit sein werde, das Niveau des Reichstags wieder zu heben. Dieses Haus soll wieder ein Haus der sachlichen Rücksicht und Gegenrede werden. Er bittet alle Parteien darum zu sorgen, dass allzutaktige Temperamentsanträge unterbleiben. (Vorb. Rüttimann.)

Abg. v. Kardorff (D.P.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Übergang zur Tagesordnung über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten. Das sei ungewöhnlich, aber der nationalsozialistische Antrag sei noch ungewöhnlicher. Er bedürfe der schwierigen Zurückweisung durch Übergang zur Tagesordnung.

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) hält an seinem Antrage fest, weil die Regierung ohne das Vertrauen des Hauses im Amt bleiben wolle.

Der Haushaltplan für 1924 wird darauf dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Die Abstimmungen.

Es folgt dann eine ausgedehnte Geschäftsordnungs-ansprache über die Abstimmfolge der Abstimmungen über die vorliegenden Wiederberuf- und Vertrauensvoten.

Burk. wird abgestimmt über das deutschnationale Wiederberufsvotum. Dafür stimmen mit den Antragstellern die Nationalsozialisten, die Kommunisten, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Deutschnationalen. Das Wiederberufsvotum wird mit 239 gegen 194 Stimmen abgelehnt. Für das Wiederberufsvotum stimmte auch der Abg. vor Klemis (D.P.).

Auf Antrag des Abg. v. Kardorff (D.P.) wird dann über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt dann die Abstimmung über die Billigungsformel der Regierungsparteien. Dafür stimmen mit den drei Mittelparteien auch die Sozialdemokraten, die Begründliche Volksgruppe und die Wirtschaftliche Vereinigung. Die Billigungsformel wurde mit 247 gegen 183 Stimmen angenommen. (Vorb. Befall bei der Mehr.)

Das Haus geht über zu weiteren Punkten der Tagesordnung.

Ein Antrag Dr. Scholz (D.P.) zur Kündigung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Geschäftsbefreiung zur Abwendung des Konkurses wird in allen drei

Belangen angenommen. Die Abstimmung fällt mit Befür-